Antrag zur 387. Sitzung des Fachbereichsrats Physik:
Wissenschaftliche Kooperationen für Frieden und Wiederaufbau in Nahost

Als Konsequenz aus der aktuellen Lage im Nahen Osten und in Wahrnehmung der Verantwortung der Wissenschaft zur Förderung nachhaltiger Friedensprozesse beauftragt der Fachbereichsrat alle am Fachbereich Physik ansässigen Institute zur Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Kooperationen und Austauschprogramme mit wissenschaftlichen Einrichtungen sowohl aus den Palästinensischen Gebieten als auch aus Israel. Die erfolgte Bestandsaufnahme soll in Form eines schriftlichen Berichts an das Dekanat erfolgen. Das Dekanat erstellt aufgrund dieser Berichte eine umfassende, fachbereichsübergreifende Liste der bestehenden Kooperationen und Austauschprojekte, samt kurzer Beschreibungen, und stellt diese in der nächstmöglichen Sitzung des Fachbereichsrates vor. Die Begründung hierfür lautet wie folgt:

Im April 2024 veröffentlichte das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte der UN einen Bericht, in dem die systematische Zerstörung der Bildungseinrichtungen in Gaza durch die israelische Kriegsführung mit der Bezeichnung “Scholastizid” resümiert wurde. Dieser Befund wurde im Juni dieses Jahres bestärkt durch die Untersuchung einer weiteren UN-Kommission, welche feststellte, dass über 90 Prozent der Schul- und Hochschulinfrastruktur beschädigt oder zerstört wurden. 87.000 Studierende in Gaza sind von den Angriffen betroffen. Mehr als 190 Hochschulmitarbeitende wurden Stand März getötet, darunter leitende Persönlichkeiten wie der Rektor der Islamischen Universität und Physiker Sufyan Tayeh.

“Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen ethnischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.”

Art. 13, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Der Fachbereichsrat blickt mit großer Sorge auf die beschriebenen Entwicklungen und spricht seine Solidarität mit allen betroffenen KollegInnen und KommilitonInnen aus. Gleichzeitig erkennt er die Verantwortung an, die deutschen Hochschulen angesichts ihrer Geschichte zur Verwirklichung der Menschenwürde zukommt. Die bedingungslose Realisierung der Menschenrechte, inklusive jenes auf Bildung, muss das Primat jeder Tätigkeit an den hiesigen Hochschulen sein. Dabei kommt ihnen, durch den inhärent kooperativen und internationalistischen Charakter der Wissenschaft, eine besondere Rolle zu. Durch Austausch und Zusammenarbeit können Feindbilder abgebaut, Institutionen (wieder-)aufgebaut und langanhaltende Entwicklungsprozesse angestoßen werden.

Ein besonders instruktives Beispiel ist das SESAME-Synchrotron, welches seit ihrer Eröffnung 2017 als internationales Forschungszentrum im Nahen Osten Forschende und Lernende aus der Region zur gemeinsamen Erkenntnissuche zusammenbringt und so den Dialog zwischen allen Teilnehmenden fördert, ob aus Israel, Palästina, Ägypten oder dem Iran. Auch die

deutsch-palästinensische Wissenschaftsbrücke, eine Partnerschaft zwischen der Palestine Academy for Science and Technology und dem Forschungszentrum Jülich, kann in dieser Hinsicht als Positivbeispiel gewertet werden.

“We emphasise the urgent need to reoperate Gaza’s education institutions, not merely to support current students, but to ensure the long-term resilience and sustainability of our higher education system. Education is not just a means of imparting knowledge; it is a vital pillar of our existence and a beacon of hope for the Palestinian people.”

Appell von über 190 palästinensischen WissenschaftlerInnen
zum Wiederaufbau der Bildung in Gaza

Der Fachbereichsrat ist überzeugt davon, dass der Wiederaufbauprozess der Bildungseinrichtungen samt Hochschulen in Gaza unverzüglich initiiert werden muss. Der Zugang zu Bildung ist ein essentieller Bestandteil langfristiger Friedensprozesse und des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Palästinensische Hochschulen im Westjordanland haben bereits verschiedene Projekte ins Leben gerufen, um diese Aufgabe wahrzunehmen, darunter z.B. die “Rebuilding Hope” Initiative der Birzeit Universität. Der Fachbereichsrat sieht sich in der Verantwortung, durch die proaktive Bestimmung möglicher Kooperations-, Austausch-, und sonstiger Unterstützungsprojekte diesen Initiativen zuzuarbeiten. Zu Anfang muss hierfür eine Ermittlung bereits bestehender Zusammenarbeit und Kontakte erfolgen, um anschließend Möglichkeiten für ihren Auf- und Ausbau zu erfassen.

“For the sake of the lives of innocents and the safety of all the people of this land, Palestinians and Jews; for the sake of the return of the hostages; if we do not call to halt the war immediately, history will not forgive us. We will not forgive ourselves. It is our duty to act to stop the slaughter; it is our duty to save lives. It is our duty to save what can still be saved of this land’s future. The institutions of higher education in Israel must raise their voices, address their students and the public at large, look at reality directly and call things what they are – unspeakable actions being done in our name, with our own hands, that will ultimately result in destroying higher education in Israel and the entire society from within.”

Offener Brief von über 1.400 israelischen WissenschaftlerInnen
an akademische Führungspersonen in Israel

Das israelische Wissenschaftssystem ist aufgrund des hohen Grads der gesellschaftlichen Militarisierung an vielen Stellen eng mit Rüstungsunternehmen, Militär sowie Geheimdiensten verwoben. Diese Tatsache bedingt ein hohes zerstörerisches Potential der israelischen Wissenschaftseinrichtungen, welches sich insbesondere in der fortwährenden (und zunehmend technisierten) Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung manifestiert. Gleichzeitig wird durch die genannte Militarisierung die Opposition aus der Zivilbevölkerung, einschließlich WissenschaftlerInnen, die sich gegen die israelische Kriegsführung und Rechtsregierung aussprechen, erschwert. Für eine langfristige Friedensperspektive bedarf es eine umfassende Humanisierung und Zivilisierung aller solcher Einrichtungen.

Auch hierbei können deutsche Hochschulen, von denen etliche eine Zivilklausel besitzen, mit ihrem zivilen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch einen wichtigen Beitrag leisten. Ein erster Schritt ist die umfassende Überprüfung der bestehenden Kooperationen mit israelischen Wissenschaftseinrichtungen. Dies soll mit dem Ziel erfolgen, aktuell bestehende militärische Zusammenarbeit zu beenden und, wo möglich, im Rahmen offener, institutioneller Diskussionsprozesse mit den israelischen KollegInnen durch zivile, tatsächlich allen Menschen zugute kommende Forschung im Einklang mit dem Völkerrecht zu ersetzen. Das bedeutet, Zivilklauseln als verallgemeinerbare Grundlage für jegliche internationale Kooperation zu verstehen.